

## „Selbsthilfe in der Umklammerung von Interessengruppen?“

Workshop am 31.1.2007 im Haus der Techniker Krankenkasse Hamburg

Die von Transparency International gemeinsam mit der Techniker Krankenkasse organisierte Veranstaltung war – wie schon die in Hannover am 29.11.2006 zum gleichen Thema – gut besucht. War die Veranstaltung in Hannover eher kurz und mit Fokus auf die Vorstellung der Studie „Selbsthilfe und Pharmaindustrie“, so nahmen sich die Veranstalterinnen hier einen ganzen Tag Zeit. Alle Seiten kamen zu Wort und darüber hinaus gab es ausgiebige Diskussionen.

Transparency International (TI) war unter den Redner/innen stark vertreten. Begrüßt wurden die Gäste der Veranstaltung von Dr. Gabriele Bojunga, unter anderem Mitglied im Bundesfachausschuss „Gesundheit und Soziales der FDP“, im Deutschen Pharmazeutinnen-Verband und Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit bei TI Deutschland, sowie von Georgia Skorczyk, Bereichsleiterin Personal und Recht der Techniker Krankenkasse und Mitglied bei Transparency International.

Den ersten Fachvortrag hielt die ehemalige Bundestagsabgeordnete Dr. Anke Martiny, die an verschiedenen Gesetzgebungsverfahren im Gesundheitsbereich beteiligt war und ebenfalls Mitglied bei TI ist. Und einen der Vorträge in der Nachmittagsrunde aus verschiedenen Selbsthilfe- oder selbsthilferlevanten Organisationen

hielt Helga Ebel, Stiftung Koalition Brustkrebs und ebenfalls Mitglied in der AG Gesundheit bei TI.

Aus dem Bereich der Krankenkassen war Karin Niederbühl vom VdAK/AEV-Bundesverband anwesend.

Der Nachmittag wurde von Professor Dr. Gerd Glaeske eröffnet, der im Gegensatz zu seiner Moderatorenrolle in Hannover hier als Vortragender geladen war. Danach hatten Gerd Nettekoven, Geschäftsführer der Deutschen Krebshilfe, Helga Ebel, Christoph Nachtigäller, Bundesgeschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V. (BAG SELBSTHILFE) und Hilde Schulte, Bundesvorsitzende der Frauenselbsthilfe nach Krebs, das Wort.

### Selbsthilfe: die gefährdete Bewegung?

Die Selbsthilfe wurde von allen Redner/innen als für die Demokratie und Bürgergesellschaft eminent wichtige Bewegung beschrieben. Die Mitglieder der Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeverbände seien aufgerufen, den drohenden und den bestehenden Einflussnahmen durch Wirtschaftsunternehmen im Gesundheitsbereich etwas entgegenzusetzen. Hier bestehe die Möglichkeit, Patientinnen und Patienten Stimmen zu

geben und abwehrenden Einfluss zu nehmen. Aber es sahen auch fast alle Vortragenden die Selbsthilfe als einen Bereich an, der für Wirtschaftsunternehmen von Interesse sei, um direkten Zugriff auf Verbraucherinnen und Verbraucher zu erlangen. Nettekoven, Ebel und Schulte wussten von Beispielen zu berichten, in denen Selbsthilfeverbände und / oder -gruppen durch pharmazeutische Firmen in ihrer Arbeit beeinflusst oder gar gesteuert wurden. Glaeske, Bojunga und Martiny zitierten Studien, Zeitungsberichte und Interviews, in denen nationale und internationale Gesundheitsexperten Patientenverbände als von der pharmazeutischen Industrie unterwandert bezeichneten. Prof. Glaeske berichtete beispielsweise von verschiedenen Studien, die den Zusammenhang zwischen Beeinflussung von Patientenverbänden durch die pharmazeutische Industrie und den Verschreibungsraten bestimmter Medikamente belegten.

### Welche Punkte wurden als Gefährdungspotenziale benannt?

Die Gefahren für die Selbsthilfe wurden von den Vortragenden unterschiedlich beschrieben und eingeschätzt. Folgende Aspekte seien genannt:

- Die einzelnen Akteur/innen in Selbsthilfegruppen und -verbänden seien von ihren Erkrankungen existenziell betroffen. Dadurch hätten sie wenig Distanz im Beurteilen von Informationen, fühlten sich dem professionellen System schnell unterlegen, falsch infor-

miert und seien daher leicht beeinflussbar.

- Durch die Bemühungen, gute Arbeit zu leisten, verbunden mit der Suche nach dem dafür benötigten Geld, aber auch durch das eigene Unwissen über die Strategien der Pharmaindustrie entstünden Unsicherheiten.
- Zwischen denjenigen, die Zuwendungen bewilligten, und denjenigen, die Zuwendungen entgegennehmen, bestehe nicht immer Kommunikation auf Augenhöhe. Durch den Geldfluss könne allzu leicht ein Machtgefälle entstehen. (Dies wurde im Übrigen auch für das Verhältnis zwischen gesetzlichen Krankenkassen und Selbsthilfegruppen bzw. Selbsthilfeverbänden konstatiert.)
- Gefahr für Selbsthilfegruppen und -organisationen wurde auch darin gesehen, dass die Selbsthilfevereinigungen für ihre Aktivitäten finanzielle Unterstützung benötigten, die Ziele der Fördernden allerdings mit den Zielen der Geförderten nicht unbedingt übereinstimmten.

### Heftige Diskussionen mit dem Publikum

Die Reaktionen vieler Selbsthilferepreter/innen aus dem Plenum waren zunächst kritisch bis empört. Die Vorträge wurden von einigen Rednerinnen und Rednern als böswillige Schuldzuweisung betrachtet, die die Selbsthilfe willentlich in die Korruptionsecke schiebe. Die Selbsthilfeverbände pochten auf ihre Autonomie und betonten, sie gingen bereits verant-

wortungsvoll mit der Pharmaindustrie um. Dafür wurden in mehreren Diskussionsbeiträgen Beispiele genannt.

### Alle müssen sich bewegen

Alle müssen etwas tun, darin waren sich zumindest die Diskutant/innen nach der Podiumsdiskussion einig. Eine Grundvoraussetzung sei der Umgang miteinander als „ehrliche Verbündete“. Für die Selbsthilfe, Krankenkassen und pharmazeutische Industrie wurden Schritte benannt, mit deren Hilfe das Problem der Beeinflussung angegangen und eine Verbesserung der Kommunikation untereinander erreicht werden könne.

### Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeverbände

- sollten die Erklärung zu Unabhängigkeit und Transparenz auch als Chance begreifen,
- dürften die Gefahr der Beeinflussung durch Wirtschaftsunternehmen (und auch durch andere Interessenverbände) nicht unterschätzen,
- müssten sich insbesondere aufgrund des Vertretungsanspruches der Selbsthilfe verantwortungsvoll und offen der Beeinflussungsdiskussion stellen.

### Krankenkassen

- Die Finanzierung der Selbsthilfe muss gesichert werden. Hier müssten sich auch die Krankenkassen deutlich bewegen, zum Beispiel durch entbürokratisierte und transparente Förderverfahren.

- Krankenkassen und Selbsthilfe müssten sich auf Augenhöhe, von gleich zu gleich, begegnen.
- Die Krankenkassen dürften ihre Machtposition als Zuwendungsgeberinnen nicht ausnutzen, um ihrerseits die Selbsthilfe zu beeinflussen und zu gängeln.

### Pharmazeutische Industrie

- Die Wirtschaftsunternehmen sind aufgefordert, Leitsätze für ihren Umgang mit der Selbsthilfe zu entwickeln.
- Förderstrategien, Spenden und Sponsoringverfahren müssten transparent und überprüfbar sein.

### Konkrete Vorschläge

- Selbsthilfeverbände und Selbsthilfegruppen, die Krankenkassen, Transparency International und das Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen sollten eine Koalition zur Bearbeitung des Themas Korruption im Gesundheitswesen bilden.
- Es sollten Monitoring-Stellen zur Bearbeitung von Verstößen und Fragen in Bezug auf Beeinflussung der Selbsthilfe geschaffen werden (die BAG SELBSTHILFE und der Paritätische Wohlfahrtsverband Gesamtverband erarbeiten zurzeit ein Monitoring-Konzept).
- Den regionalen Selbsthilfegruppen müssen für den Umgang mit Pharmaunternehmen Hilfestellungen angeboten werden.
- Es sollten Fördertöpfe zur finanziellen Unterstützung der Selbsthilfe eingerichtet werden, in die alle

Zuwendungsgebenden gemeinsam einzahlen.

Dass sich die Beteiligten auf dem Hamburger Podium aufeinander zu bewegten, mag als Indiz gelten, dass nun eine fruchtbarere Diskussion in Gang gebracht ist. In Zeiten, in denen Interessengruppen, die vordem keinen Blick für die „kleinen Gruppen mit ihren Tapeten-Tischen“ übrig hatten „die Selbsthilfe“ für sich entdecken, ist es zweifellos unbedingt notwendig, sich über Vereinnahmungsstra-

tegien gleich welcher Seite klar zu werden und eigene Positionen zu entwickeln. |

Dörte von Kittlitz  
Selbsthilfe-Büro Niedersachsen  
Gartenstraße 18  
30161 Hannover  
Tel: 05 11 / 39 19 28  
Fax: 05 11 / 39 19 07  
E-Mail: [selbsthilfe-buero-nds@gmx.de](mailto:selbsthilfe-buero-nds@gmx.de)  
Internet: <http://www.selbsthilfe-buero.de>



## Empfehlungen und Fachtagung: „Soziale Stadt“

Das bundesweite Netzwerk „BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit“ hat die Empfehlungen „Neue Chancen für die Soziale Stadtteilentwicklung und Gemeinwesenarbeit“ formuliert. Anlass ist die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel des Bundes in Höhe von 40 Mio. Euro, die für nicht-investive Modellvorhaben in Gebieten der Sozialen Stadt eingesetzt werden können. Die BAG empfiehlt, neue Standorte in das Programm aufzunehmen, weitere Modellprojekte im und für den Stadtteil zu entwickeln, erfolgreiche Pilotprojekte weiterzuführen und die (regionale) Netzwerkarbeit und Qualifizierung der Akteure zu stärken.

Vom 15. bis 16. März 2007 veranstaltet die BAG eine Fachtagung zur Verstetigung der „Sozialen Stadt“ in Berlin. Es sollen Strategien entwickelt und Szenarien durchdacht werden, wie die begonnene Arbeit erfolgreich fortgesetzt und eine Verstetigung auch über das Ende des Programms hinaus erreicht werden kann. |

Die Empfehlungen im Wortlaut unter:  
<http://www.bagsozialestadtentwicklung.de/fileadmin/pdf/Modellvorhaben.pdf>  
Tagungsprogramm unter:  
[http://www.b-b-e.de/uploads/media/nl0703\\_flyer\\_bag\\_verstetigung.pdf](http://www.b-b-e.de/uploads/media/nl0703_flyer_bag_verstetigung.pdf)

(Quelle: BBE-Newsletter Nr. 3, 8.2.2007)